

Weltkongress der Sparkassen

BCEE vertrat Luxemburg beim 21. Branchentreff. Seite 98



Dow-Jones-Index auf Rekordkurs

Nachlassende Konjunkturängste und anhaltende Übernahmeaktivitäten treiben Kurse an. Seite 99



ThyssenKrupp will „Top“-Stahlposition

Konzern hat weiterhin Hoffnungen auf eine Übernahme von Dofasco. Seite 100

CFL-Cargo in Brüssel ausgebremst

Eigentlich sollte CFL-Cargo zum Ende dieses Monats sein Startsignal erhalten. Nun wurde die Joint Venture von Arcelor und CFL, Luxemburgs Antwort auf die Liberalisierung im Güterverkehr auf der Schiene, von der Europäischen Kommission ausgebremst. Die Brüsseler Behörde verlangt zusätzliche Informationen, die Luxemburg nun bis zum 9. Oktober vorlegen soll. Wie „d'Wort“ in Erfahrung brachte, beanstandet die EU-Kommission, dass CFL-Cargo aufgrund des Zusammenschlusses der Bahn mit ihrem Großkunden monopolverdächtig sei und dass die Auswirkungen der Übernahme von Arcelor durch Mittal nicht erkennbar seien. Außerdem seien die belgische und die französische Bahngesellschaft in Brüssel vorstellig geworden, da sich beide Unternehmen nicht mit der Liberalisierungslösung „à la luxembourgeoise“ einverstanden zeigen würden. Nun drängt die Zeit für Luxemburg, da die EU-weite Marktöffnung im Gütertransport bis zum 1. Januar nächsten Jahres vollzogen sein muss. (mas)

FONDSPREISE

„Deka
Luxembourg

SEITE 110

L'entrepreneur de l'année: Six entrepreneurs nominés

Ernst & Young organise pour la deuxième fois au Luxembourg le concours de «l'entrepreneur de l'année», en collaboration avec BIP Investment Partners, Fortis, RTL et d'Wort. Les 6 entrepreneurs nominés par le jury indépendant pour cette 2^e édition du Grand Prix sont: Monsieur Nico Daubenfeld (General Technic - Otis Sàrl), Monsieur Antoine Duchateau (Odyssey Asset Management Systems S.A.), Monsieur Lillian Eche (Luxanimation S.A.), Monsieur Bob Kneip (Kneip), Monsieur Abbas Raffi (Ireco S.A.), Monsieur Günter Schmitz (Coplanning Sàrl). L'annonce de ces 6 finalistes est le résultat d'un processus de sélection quantitative et qualitative. Après une présélection sur base de critères rigoureux, Ernst & Young a réalisé des entretiens approfondis afin de soumettre un dossier par candidat au jury indépendant.

www.eoy.lu

Was kommt nach den 1929er-Holdings?

Es soll zwei Gesetze geben

„Société de gestion de patrimoine familial“ voraussichtlich erst im nächsten Jahr

VON PIERRE LEYERS

Was kommt nach den 1929er-Holdings? Die Antwort auf diese für den Finanzplatz äußerst wichtige Frage wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Am Freitag treffen sich die Mitglieder der Finanzkommission der Abgeordnetenkommission mit Budgetminister Luc Frieden zu einem klärenden Gespräch. Bei der Unterredung ging es vor allem um die Ersatzlösungen für die Holdinggesellschaften, so wie sie von einer Expertenkommission ausgearbeitet wurden.

Im Sommer war die „financial community“ von der Entscheidung der EU-Kommission, das seit 77 Jahren bestehende System sei eine unerlaubte staatliche Beihilfe und müsse daher abgeschafft werden, kalt erwischt worden. Fieberhaft wird seitdem nach Alternativen gesucht. Diese liegen jetzt auf dem Tisch.

Aller Voraussicht nach wird es zwei Gesetzesprojekte geben. Ersteres befasst sich mit der Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission, definiert die Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2010 und räumt mit einigen Unklarheiten auf, etwa im Zusammenhang mit dem Verkauf von Anteilen.

Eile ist geboten, denn das alte Regime läuft zum Jahresende aus. Bis zum 15. Oktober will Budgetminister Luc Frieden das Gesetzesprojekt in der Abgeordnetenkommission hinterlegen.

Ob er dieses Datum einhalten kann, ist jedoch noch nicht klar, denn zuerst muss die Behörde von Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes ihr grünes Licht geben. Eine Überraschung soll diesmal vermieden werden.



Der Finanzplatz kann mit der Alternative zu den Holdings 29, die sich jetzt abzeichnet, gut leben. (FOTO: TEDDY JAANS)



„Wichtig ist, dass das Projekt so schnell wie möglich am Finanzplatz bekannt gemacht wird, um ein starkes Signal zu setzen“, sagt Laurent Mosar, der Präsident der Finanzkommission. (FOTO: GUY JALLAY)

Beim zweiten Gesetzestext, der sich zur Zeit im Stadium eines „avant-projet de loi“ befindet, geht es um die Ersatzlösung für die auslaufende Holdinggesetzgebung. Welche Alternativen können den Familienvermögen, die sich in einem Großteil der Holdings vorfinden, geboten werden? Der „Ersatz“ muss attraktiv sein und gleichzeitig das europäische Steuer- und Beihilferecht berücksichtigen. Ob dieser Drahtseilakt gelungen ist oder nicht, auch darüber hat der vorsichtig gewordene Budgetminister ein Gutachten der Brüsseler Exekutive angefragt.

Experten bezweifeln, dass es gelingt, noch in diesem Jahr dieses wichtige Projekt auf den Instanzenweg zu bringen. „Wir stehen nicht unter einem vergleichbaren Zeitdruck wie bei dem ersten Gesetzesprojekt“, sagt Laurent Mosar, der Präsident der Finanzkommission, im Gespräch. Dennoch

hält er eine gewisse Eile für geboten. „Wichtig ist, dass das Projekt so schnell wie möglich am Finanzplatz bekannt gemacht wird, um ein starkes Signal zu setzen.“

Mosar rechnet damit, dass sich die Abgeordneten auf „Krautmaart“ zu Beginn des nächsten Jahres mit dem Gesetzesprojekt befassen werden. „Es handelt sich um eine neuartige Struktur, die ausschließlich zu privatrechtlichen Zwecken benutzt werden kann“, stellt er klar. Bedenken über staatliche Beihilfen können dadurch ausgeräumt werden. Die Chancen, dass Brüssel grünes Licht gibt, schätzt er hoch ein.

Sogepaf und Soparfi

Doch wie soll das Kind heißen? Noch ist der Name nicht definitiv. Im „avant-projet de loi“ ist von einer „Société de gestion de patrimoine familial“ die Rede. Eine frühere Version, die „Société d'investissement privé“, ist vom Tisch. Die Sogepaf mag nicht elegant klingen, erfüllt aber den Zweck, 80 Prozent aller Aktivitäten, die bislang in Holdinggesellschaften gebündelt waren, eine neue Bleibe zu bieten. Für die großen Privatvermögen ist demnach gesorgt. Den restlichen 20 Prozent, in der Hauptsache Firmenaktivitäten, bietet sich schon jetzt die Alternative einer Finanzbeteiligungsgesellschaft in Form einer Soparfi. Laurent Mosar ist mit der angepeilten Lösung zufrieden: „Ich bin sicher, dass damit die wichtigsten Bedürfnisse des Finanzplatzes abgedeckt sind“, sagt der Jurist.

Bleibt abzuwarten, ob auch Kommissarin Kroes seine Meinung teilt, dass jetzt die Schwachpunkte der Holdinggesetzgebung gegenüber dem EU-Recht ausgebügelt sind.

Euroraum: Stimmung steigt, Preise wieder stabil

Zuversicht in der Industrie besonders hoch / Inflationsrate 1,8 Prozent

Brüssel/Luxemburg. Die Wirtschaftsstimmung in der Eurozone hat sich im September überraschend verbessert. Der am Freitag von der Europäischen Kommission veröffentlichte Sammelindex zur Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung stieg auf 109,3 Punkte von revidiert 108,3 im August. Für August war vorläufig ein Indexstand von 106,7 ausgewiesen worden. Volkswirte hatten auf dieser Basis für September einen Indexrückgang auf 106,2 prognostiziert.

Für die gesamte Europäische Union (EU) wurde für den Indikator ein Anstieg auf 111,0 von revidiert 109,4 (vorläufig: 108,4) ge-

meldet. Der Sammelindex zur Wirtschaftsstimmung umfasst die Einschätzung von Industrie, Bauwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe sowie das Verbrauchervertrauen und die Entwicklung des Einzelhandels in der EU.

Zum Anstieg der Wirtschaftsstimmung trugen der Kommission zufolge alle Bereiche mit Ausnahme des Dienstleistungssektors bei. Dabei stieg die Zuversicht in der Industrie besonders deutlich, wobei sich vor allem die Produktionserwartungen und die Einschätzung der Auftragsbestände verbesserten.

Das Industrietrauen in der Eurozone zog auf plus 4 an von

plus 2 im Vormonat. Volkswirte hatten dagegen einen Rückgang auf plus 1 prognostiziert.

Zum ersten Mal seit über einem Jahr sind die Preise im Eurogebiet wieder stabil: Die jährliche Inflationsrate sank im laufenden Monat erheblich auf 1,8 Prozent nach 2,3 Prozent im August. Das teilte die europäische Statistikbehörde Eurostat am Freitag in Luxemburg in einer Vorausschätzung mit, die später noch korrigiert werden kann. Ausschläge dieser Größenordnung sind selten.

Gründe für den starken Rückgang wird Eurostat erst am 17. Oktober mitteilen. Das Statistische Bundesamt hatte vor einigen

Tagen die abnehmende Teuerung in Deutschland auf sinkende Heizöl- und Kraftstoffpreise zurückgeführt. Nach Auskunft von Eurostat hatte die Inflationsrate des Eurogebiets zuletzt im Mai 2005 bei 2,0 Prozent und im Januar vergangenen Jahres bei 1,9 Prozent gelegen.

Die abnehmende Inflation dürfte eine neue Debatte um die Geldpolitik der EZB entfachen, meinen Währungsbeobachter in Brüssel. Die Frankfurter Zentralbank hatte den wichtigsten Leitzielen mit Hinweis auf Inflationsgefahren auf 3,0 Prozent hochgeschraubt. Eine baldige Erhöhung auf 3,25 Prozent gilt als wahrscheinlich. (DJN/dpa)